

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Bundestagswahl und Landtagswahl in Göttingen:

► LINKE Wähler ausgetauscht?!

Mittlerweile sind die Bundestags- und Landtagswahlen gelaufen. Obwohl im Bund die Partei DIE LINKE sich leicht, in Niedersachsen sogar deutlich steigern konnte, reichte es in Niedersachsen nicht zum Einzug in den Landtag. Während in Niedersachsen eine Koalition aus SPD und CDU gebildet wird, scheiterten im Bund die Jamaikerverhandlungen und so könnte es auch zu Neuwahlen mit einem unklaren Ausgang kommen.

Ergebnis insgesamt (Tabelle rechts)

Partei	LTW Nds.		BTW	
	2017	2013	2017	2013
Wahlbetei.	63,1	59,4	76,2	71,5
SPD	36,9	32,6	20,5	25,7
CDU	33,6	36,0	32,9	41,5
GRÜNE	8,7	13,7	8,9	8,4
FDP	7,5	9,9	10,7	4,8
AfD	6,2	n.a.	12,6	4,7
DIE LINKE	4,6	3,1	9,2	8,6
Die PARTEI	0,6	n.a.	1,0	n.a.
Piraten	0,2	2,1	0,4	2,2
DKP			0,02	

In der Stadt Göttingen fällt auf, dass sowohl DIE LINKE als auch die Grünen jeweils deutlich überdurchschnittlich abschneiden. Die Grünen verlieren dabei allerdings viele Stimmen.

Die CDU ist hier schwach ebenso wie die AfD, während die SPD als stärkste Partei etwa den Landesdurchschnitt erreicht. Auf Kreisebene relativieren sich diese Zahlen etwas:

Wahlergebnis Stadt/ Landkreis Göttingen

Partei	Land 17		Land 13		Bund 17		Bund 13		KW 16	
	Stadt	Kreis	Stadt	Kreis	Stadt	Kreis	Stadt	Kreis	Stadtrat	KT
Wahlbetei.	62,52	62,52	58,9		77,9	76,9	74,3	74,4	47,98	54,02
SPD	36,20	38,43	31,44	34,2	26,1	29,1	31,8	34,0	32,6	34,69
CDU	22,23	29,53	23,49	31,8	24,2	30,6	29,2	36,1	24,43	30,15
GRÜNE	18,18	11,29	26,25	16,8	17,2	10,9	18,3	10,7	20,57	12,82
LINKE	9,28	5,60	5,64	3,8	12,6	8,3	8,4	6,2	6,37 (8,20)*	4,43
AfD	4,25	5,43	n.a.	n.a.	6,3	8,1	3,5	3,7	n.a.	5,35
FDP	6,95	6,86	8,51	8,1	9,2	9,0	3,3	3,9	5,41	4,37
Die PARTEI	1,15	0,72	n.a.	n.a.	1,6	1,0	n.a.	n.a.	2,66	0,81
Piraten	0,32	0,25	2,55	1,9	0,54	0,45	2,6	1,8	3,30	1,18
DKP					0,08	0,04		n.a.		

* Göttinger Linke, zur besseren Vergleichbarkeit wird hier wegen der Konkurrenz kandidatur auch das Ergebnis der KT-Wahl für DIE LINKE in der Stadt Göttingen angegeben.

Für DIE LINKE ist dabei erfreulich: Sie kann insbesondere in der Stadt Göttingen, aber auch in Gemeinden mit LINKER kommunalpolitischer Präsenz bei beiden Wahlen zulegen und erreicht in Göttingen bei der Bundestagswahl mit 12,6% ihr bestes Ergebnis dort überhaupt. In 14 der 140 Wahlbezirke Göttingens erreicht sie mehr als 20% (vgl. GöBlä 11/2017, S.8).

Bei den größeren Parteien ändert sich aber vergleichsweise wenig. Die SPD kann klar ihre Position als stärkste Göttinger Partei behaupten, während die CDU relativ chancenlos bleibt. Im

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

LINKE Wähler	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Kein AfD-Parteitag in Hann.	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2018
ist der 15. Dezember.
Auslieferung am 21. Dezember.

Landkreis hingegen ist dieses Bild nicht so eindeutig, da zwar bei den Landtagswahlen die SPD eindeutig stärkste Kraft ist, nicht jedoch bei der letzten Bundestagswahl. Bei den Kreistagswahlen hatte die SPD allerdings regelmäßig vor der CDU gelegen. Die SPD konnte so auch den Bundestagswahlkreis und die Landtags-Wahlkreise im Landkreis mit Ausnahme des Wahlkreises Duderstadt bei der Landtagswahl erneut gewinnen.

Die FDP ist zwar in Göttingen unterdurchschnittlich, liegt aber auf Kreisebene auf einem ähnlichen Niveau wie DIE LINKE.

Trotz ihrer starken Göttinger Aktivitäten sind die Piraten bei den letzten Bundestags- und Landtagswahlen auch in ihrer früheren Hochburg Göttingen bedeutungslos geworden, während die (Satire)PARTEI sich leicht auf überdurchschnittliche Werte von über einem Prozent in Göttingen gesteigert hat. Rückschlüsse auf Kommunalwahlen lässt dies gerade bei sehr kleinen Parteien aber nur schwer zu.

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Mitteilung der Kampagne Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V. vom 16.11.2017:

Nach jahrelangem Kampf gegen die Polizei- und Justizbehörden der BRD kann es nun auch ganz „offiziell“ nicht mehr geleugnet werden:

► Oury Jalloh – Das war MORD!

Ein kurzer Überblick über die aktuellen Ereignisse:

Die zuständigen Staatsanwälte in Dessau eröffneten im Ergebnis der gutachterlichen Stellungnahmen zum Brandgutachten von Schmiedeberg (Sachsen) bereits am 14.04.2017 ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes gegen konkret benannte Polizeibeamte. Dies geht aus den Ermittlungsakten hervor, die den Anwältinnen der Familie von Oury Jalloh erst letzte Woche zur Einsicht vorgelegt wurden. Der Generalbundesanwalt – der seine Zuständigkeit im Ermittlungsverfahren bereits im Februar 2014 verweigert hatte – wurde über den neuen Ermittlungsstand entsprechend in Kenntnis gesetzt und konstatierte daraufhin, dass es aus höchststaatsanwaltlicher Sicht trotz allem „keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Straftat zum Nachteil Oury Jalloh erkennbar“ seien.

Ende Mai entzieht Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad dann der Staatsanwaltschaft Dessau die Mordermittlungen im Fall Oury Jalloh – angeblich wegen Überlastung und Personalmangel der Behörde. Die Staatsanwaltschaft Halle übernimmt dann die Akten Anfang Juni 2017 und stellt die Ermittlungen mit Aktenvermerk zum 30.08.2017 ein. Die Begrün-

dung der Staatsanwaltschaft Halle: „Nach sorgfältiger Prüfung der vorliegenden Erkenntnisse hat die Staatsanwaltschaft Halle die Ermittlungen zum Tod des Oury Jalloh eingestellt, weil das am 07.12.2012 von Amts wegen eingeleitete Verfahren keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Beteiligung Dritter an der Brandlegung ergeben hat und eine weitere Aufklärung nicht zu erwarten ist.“

Man entzieht hier also einer Staatsanwaltschaft, die nach über 12 Jahren endlich gegen konkrete Tatverdächtige wegen Mordes ermittelt den Ermittlungsauftrag und „überträgt“ die „weitere Bearbeitung des Todesermittlungsverfahrens Oury Jalloh“ der bisher unbeteiligten Staatsanwaltschaft, die den Fall dann nach nur 3 Monaten einstellt. Im Rahmen der Befragung durch den Rechtsausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt erläuterten Generalstaatsanwalt Konrad und die einstellende LOSTÄ Geyer am 10. November 2017 den Ermittlungsgang und räumten ein, dass es zuerst der Generalbundesanwalt war, der weitere qualifizierte Ermittlungen im Fall ausgeschlossen hatte ...

Schon seit dem ersten spendenfinanzierten Gutachten der Initiative in Geden-

ken an Oury Jalloh – der Zweitautopsie des Leichnams mit CT des Knochenskelettes – spätestens aber seit dem Auftrag zur Erstellung eines Brandgutachtens im Jahre 2013, hat unsere Initiative mehr „tatsächliche Anhaltspunkte“ für den Mord an Oury Jalloh offengelegt, als der „Rechtsstaat“ in über 12 Jahren. Die Perspektive der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh besteht in der zivilgesellschaftlichen Kraft zur Aufklärung von staatlichen Verbrechen jenseits einer Staatsraison, die die Ermittlungen im Fall von Beginn an kompromittiert und juristisch eingegrenzt hat, um die brutale Wahrheit unter keine Umständen eingestehen zu müssen: Oury Jalloh – das war Mord!

Die Wahrheit kommt nun Schritt für Schritt ans Licht der Öffentlichkeit!

Für die Arbeit unserer Unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Todesumstände und der Vertuschung im Fall Oury Jalloh sind wir mehr denn je auf Eure solidarische und finanzielle Unterstützung angewiesen!

Touch ONE – Touch ALL!

Kein Vergeben – Kein Vergessen!

MORD ist MORD!

Spenden an die Unabhängige Untersuchungskommission im Fall Oury Jalloh, für laufende Anwaltskosten, Mobilisierung und Repressionskosten:

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE22 1002 0500 0001 2336 01

Mittwoch, 6. Dezember 2017, 19:30 Uhr

Gemeindesaal der Reformierten Kirche, Untere Karspüle

„Das Leben danach.“ Der Holocaust durch die Augen eines Nachkommen von Prager Juden, die Auschwitz überlebt haben

Ein Vortrag mit Michal Arend

Veranstaltet von der Projektwerkstatt „Spurensuche“ in Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Die Zeitzeugenschaft der zweiten Generation nach dem Holocaust wird für uns immer wichtiger, haben wir doch in diesen Zeugen wichtige Gesprächspartner, die die Erinnerung daran als ihr Vermächtnis bewahren und direkt weitergeben können. Michal Arend hat die jüdische Erinnerungsstätte Cernovice bei Tabor in Südböhmen gegründet und wird neben seiner Lebensgeschichte auch dieses Projekt vorstellen und u.a. über die Einrichtung des dortigen Erinnerungspfades berichten.

Donnerstag, 14. Dezember 2017, 19:30 Uhr

Theaterkeller, Geismar Landstr. 19

„Schwestern, vergesst uns nicht!“

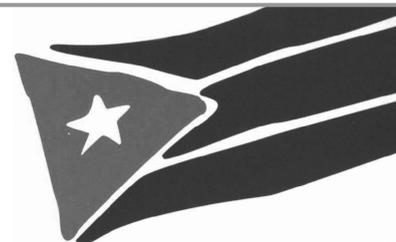
Vortrag und Diskussion mit Annegrit Berghoff, Lagergemeinschaft und KZ-Gedenkstätte Moringen

Veranstaltet von der Gruppe f_act — feminist action

Im Zentrum der Veranstaltung steht ein ca. 40-minütiger Film über die beiden antifaschistischen Widerstandskämpferinnen Hed Regnart und Hilde Faul-Gerber. In Interviews beschreiben diese ihre politische Arbeit in der Weimarer Republik, den Widerstand im Nationalsozialismus, Verfolgung, Haft und Internierung im Frauenkonzentrationslager Moringen. Für beide war selbstverständlich „Der Krieg kommt, da müsste man was unternehmen“ ...und sie unternahmen etwas. Sowohl Hed Regnart als auch Hilde Faul-Gerber waren im Rahmen der Lagergemeinschaft KZ Moringen organisiert. Eingerahmt wird der Film durch blitzlichtartige Informationen und Gedanken zu Frauen, Widerstand und warum Erinnerung so wichtig ist.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



VNB unser Kooperations-
u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 12. Dezember, 20:00 Uhr Berliner Hof

Die Welt verurteilt die Blockade

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen wird am Mittwoch mit der Resolution 70/5 ein weiteres Mal die seit Januar 1962 anhaltende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade Kubas durch die Vereinigten Staaten von Amerika verurteilen, die Kuba bereits Schäden von umgerechnet mehr als 130 Milliarden US-Dollar verursacht hat. Eine Blockade ist wegen ihres extraterritorialen Charakters ausdrücklich kein Embargo, sondern im Völkerrecht als Kriegsakt vermerkt. Die USA, die diesen Antrag auf Verurteilung im vergangenen Jahr zum ersten Mal nicht abgelehnt, sondern sich dabei enthalten hatten, werden vermutlich wieder in ihre traditionelle, weltweite Isolierung zurückkehren und gegen die Verurteilung ihres illegalen, kriminellen Akts stimmen.

Die EU-Staaten werden mit ihrer in solchen Abstimmungen üblichen gemeinsamen Haltung gegen die Blockade abermals bestenfalls eine heuchlerische Position beziehen. Nicht nur, dass einige Mitgliedsländer die Blockade Kubas mit allen, zur Verfügung stehenden legalen und illegalen Mitteln aktiv unterstützen, sondern die EU-Kommission selbst scheint nicht einmal bereit zu sein, die eigenen Gesetze einzuhalten. Denn die Blockade darf auf EU-Gebiet ausdrücklich keine Wirkung haben; wer gegen diesen Ausschluss verstößt, hat sogar mit Strafen zu rechnen (EU-Verordnung 2271 vom 22.11.1996).

Dennoch wirkte sich die Blockade im Zusammenhang mit Hurrikan „Irma“, der Anfang September millionenschwere



Schäden auf Kuba hinterlassen hat, noch einmal mehr aus – indem US-Präsident Donald Trump sie noch einmal unterstrich und gleichzeitig europäische Banken, wie die Postbank oder die ING, sich weigerten Transaktionen mit Bezug auf Kuba durchzuführen.

Als Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordern wir – ebenso wie die überwältigende Mehrheit der in den Vereinten Nationen organisierten Staaten - die USA nachdrücklich zur Beendigung der illegalen Blockade auf. Dazu gehört, dass in einem ersten Schritt die Europäische Union ihrer deklarierten Ablehnung der Blockade Taten folgen lässt und Maßnahmen gegen alle Unternehmen und Personen einleitet, die die Blockade gegen Kuba durch erhöhte Frachtkosten oder Verweigerung von finanziellen wie materiellen Transaktionen aktiv unterstützen.

Trotz einer vorbildlichen, gesamtgesellschaftlichen Konzentration auf deren Beseitigung, konnte Kuba die Schäden, die „Irma“ hinterlassen hat, noch nicht beheben. Während die Reparatur vieler Wohngebäude andauert, ist besonders die Landwirtschaft von massiven Ausfällen betroffen.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bittet daher ihre Mitglieder und Freunde und alle Menschen guten Willens weiterhin um Spenden.

Bundsvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, 30. Oktober 2017

Spenden erbitten wir mit dem Stichwort „Hurrikanhilfe“ auf unser Konto:

**Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
BIC: BFSWDE33XXX**

Nach Kuba reisen im Winter 2018:

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Göttingen, plant eine Reise nach Cuba v. 22. November bis zum 9. Dezember: Von Havanna über Santa Clara, Cienfuegos, Trinidad, Camagüey, Bayamo nach Santiago. Mit Besuchen, Besichtigungen, Gesprächen, Veranstaltungen, Badetagen. Eine konkretere Information erfolgt am 22. November, 19.00 Uhr. Interessenten melden sich unter goettingen@fgbrdkuba.de

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

Veranstaltungen der DKP am LLL-Wochenende

Wie immer ist auch die DKP am LLL-WE präsent. Am Sonnabend auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Mercure-Hotel MOA, Stephanstr. 41, 10559 Berlin und am Sonntag mit einem eigenen Block auf der LLL-Demo.

Auf der Konferenz macht die DKP nachmittags eine Veranstaltung zu 50 Jahren DKP, zudem gibt es Workshops der SDAJ, abends nach der eigentlichen Konferenz folgt dann das traditionelle DKP-Treffen mit Redebeiträgen und Kulturprogramm.

Leckeres Essen sowie alkoholische und nichtalkoholische Getränke und reichlich Platz zum Sich-Treffen, Klönen und Diskutieren bietet wie schon gewohnt das Café K. Seid also herzlich willkommen!

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 05. Dezember, 20:00 Uhr

Orga-Antrag des Parteivorstandes

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

▶ Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebkecht-Luxemburg-Ehrung am 14. Januar 2018

um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde
sowie am 15.01.2018 um 18.00 Uhr vom Olof-Palme-Platz zu den Denkmälern im Tiergarten

In einer Nachricht aus dem Zuchthaus Luckau schreibt Karl Liebkecht im April 1918 an seine Frau Sophie: »Aktion - Aktion! Ist gar nichts möglich? Es muss aber! Und darf nicht nachgelassen, sondern nur verschärft werden. Gerade jetzt.«

Knapp hundert Jahre sind seither vergangen. »Ist gar nichts möglich?«, fragen auch wir uns heute oft. Und antworten wie Liebkecht: »Es muss aber ... gerade jetzt.«

Acht Menschen besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Kriege und kriegerische Konflikte überziehen die Erde und treiben mehr als 60 Millionen Menschen in die Flucht. Eine atomare Katastrophe ist wieder denkbar. Der NATO-Terror erzeugt nicht zuletzt asymmetrische Antworten, darunter neuen Terror. Diejenigen, die aus Profitgründen die Welt ins Chaos stürzen, quatschen demagogisch von den Werten, die „wir – der Westen – uns nicht nehmen lassen“.

Ist Ausbeutung ein Wert? Sozialabbau ein Wert? Flächendeckende Überwachung ein Wert? Sind Asylpakete und Abschiebungen ein Wert? Ist Kapitalismus eine Wertegemeinschaft auch für die, die

ihre Arbeitskraft zunehmend unter Wert verkaufen müssen? Und wie sollen wir die beinahe weltweiten Faschisierungstendenzen bewerten?

Vor 99 Jahren wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und viele ihrer Weggefährten für ihre Standhaftigkeit gegen Ausbeutung und Krieg von der Reaktion ermordet. Demonstrieren wir - Linke verschiedener Strömungen – am 14. Januar 2018 in ihrem Geiste friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschismus – für eine sozial gerechte, solidarische, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Welt.

Trotz alledem!

LL-Bündnis, Berlin,
September 2017



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Ratsantrag der GöLinken zu den Praktiken der Adler Real Estate AG:

Grobian berichtete hierzu in der Oktoberausgabe

TOP 9 Gegen Mietwucher

Antrag und Begründung der GöLi / Ratssitzung 17.11.17

Der Rat möge beschließen:

Der Rat missbilligt die Praktiken der Adler Real Estate AG – ehemals Westgrund – ausdrücklich, für die von der Stadt mit Belegungsrecht angemieteten und mit städtischen Geldern sanierten Wohnungen deutlich überhöhte Mietpreise zu verlangen.

Er fordert die Stadtverwaltung auf, zukünftig keinerlei Verträge mit Wohnungsunternehmen für die Belegung von Wohnraum durch die Stadt mehr abzuschließen, die es erlauben, die maximale Obergrenze der KdU auszunützen, ohne die Begrenzung einer Mietobergrenze auf Quadratmeterbasis festzulegen.

Begründung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben seinerzeit, wie alle hier im Rat dem Vertrag über Belegungsrechte für die Stadt mit der Adler Real Estate zugestimmt. In einer Situation, in der die Stadt möglichst viele wohnungssuchende Menschen - insbesondere auch geflohene Menschen - unterbringen musste und wollte und andererseits bekannt war, dass in Grone ein erkennbarer Bestand an leerstehenden Wohnungen vorhanden war, schien uns das richtig und sinnvoll. Wir konnten, wie wohl die Verwaltung selbst auch, nicht erkennen, dass diese Notsituation aus unserer Sicht dann teilweise schamlos von der Adler Real Estate ausgenutzt wurde. Wie zwischenzeitlich bekannt ist, zahlt die Stadt

Göttingen für durch Belegungsrecht gesicherte und mit städtischen Mitteln mitsanierte Wohnungen deutlich über-
teuerte Mieten. So kostet z.B. eine 75 am große Wohnung, die von fünf Menschen bewohnt wird 10,38 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Eine Vergleichswohnung in unmittelbarer Nachbarschaft und gutem Zustand kostet demgegenüber nur die Hälfte. Diese Mietpreispraxis nutzt die Adler Real Estate dann auch noch mit Hinweis auf ihre teilweise hohen Vergleichsmieten zusätzlich, um nun auch im Quartier den Altmietern erkennbare Mieterhöhungen anzukündigen, bzw. schon umzusetzen. Es wird also nicht nur unverblümt auf überhöhte Mietzahlungen aus dem Stadtsäckel zugegriffen, sondern die von der Stadt gezahlten hohen Mieten tragen dann auch noch zur allgemeinen Erhöhung der Mieten der Wohnungen im Bestand der Adler Real Estate bei. Dafür kann und darf ein von der Stadt geschlossener Vertrag nicht missbraucht werden. Wir wissen zwischenzeitlich von der Verwaltung, dass sie selbst die von der Adler Real Estate ausgenutzte Vertragslücke kritisch sieht und als Fehler einstuft. Mit unserem Antrag möchten wir deshalb einerseits offenlegen, wie hier leider die Fürsorgepflicht der Stadt und die vorhandene Wohnungsnot ausgenutzt wurde und andererseits sicherstellen, dass bei zukünftigen Verträgen für ein Belegungsrecht, das wir nicht grundsätzlich ablehnen, die Stadt nicht mehr über den Tisch gezogen wird. Die KdU-Grundlagen dürfen nicht, wie hier geschehen, zur Einforderung eines unangemessenen Mietzinses missbraucht werden.



Filmfreunde Grone



17. November

Londoner Straßenkater*

Ein drogenabhängiger Straßenmusiker schließt Freundschaft mit einer Katze, die ihm hilft, sein Leben wieder zu spabilisieren. Eine wahre Geschichte.

08. Dezember

Verfängliche Wohngemeinschaft*

Ein mürrischer alter Mann kann seine Pariser Wohnung nicht mehr versorgen. Sein Sohn vermittelt ihm eine chronisch abgebrannte Studentin als Mitbewohnerin.

19. Januar 2018

Der Künstler*

Ein Star der Stummfilmzeit verzweifelt am technischen Fortschritt - der Erfindung des Tonfilms. Ein preisgekröntes Drama.

16. Februar

Das dänische Modell*

Dänemark in den 1930ern. Der Ehemann hilft seiner Frau, einer Malerin, als weibliches Model. Dabei entdeckt er sich selbst. Eine Filmbiografie.

16. März

Gauß versus Humboldt*

Romanverfilmung einer fiktiven Doppelbiografie des Mathematikers Carl Friedrich Gauß und des Naturforschers Alexander von Humboldt.

*Die Filme sind alle originale Kinofilme. Die ursprünglichen Titel dürfen wir aus lizenrechtlichen Gründen nicht drucken.

in der Jona Gemeinde

(Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)

ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 Euro (für Verzehrbon)

Es werden Speisen und Getränke angeboten



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Donnerstag, 21. Dezember 2017, 19 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 73, Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Wahl der Delegierten für die Bundesparteitagsdelegiertenkonferenzen WK 7 Göttingen/ Goslar
 - 3.1. Wahl zur Sicherung der Mindestquotierung
 - 3.2. Wahl der gemischten Liste
4. Nachwahl von Ersatzdelegierten für den Landesparteitag
5. Beteiligung an der Volksinitiative zur Einführung der Vermögenssteuer
6. Berichte: Landesparteitag, Kommunalpolitik; Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
7. Verschiedenes

LINKER Stammtisch

Dienstag, 5. Dezember, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

Dienstag, 19. Dezember, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Jahresabschlussfeier

Mittwoch, 13. Dezember, 19 Uhr im Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg (Auf dem Hagen), Göttingen.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Dezember, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Nächster Termin im Januar.

Strömungen

Ökologische Plattform Treffen

Freitag, 8. Dezember, 19 Uhr im (neuen) Kreisverbandsbüro, Bürgerstr. 26, Göttingen
Themen: Selbstverständnis, Planung der Arbeit.

LINKE Veranstaltungen

Nationalsozialismus und soziale Frage - Über den Antikapitalismus der alten und neuen Nazis

Montag, 18. Dezember, 18.30 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingens mit Dr. Joachim Bons, Sozialwissenschaftler und Historiker, Göttingen

Veranstalter: AG Antifa und DIE LINKE im Europaparlament.

Siehe: <https://www.die-linke-goettingen.de/termine/uebersicht/termindetail/news/nationalsozialismus-und-soziale-frage-ueber-den-antikapitalismus-der-alten-und-neuen-nazis/>

Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 5. Dezember, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Schwerpunkt: Erste Veranstaltungen 2018

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 7 - November 2017

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

EDITORIAL

Neben der Einbringung des Haushaltes und einer Debatte zur Änderung der Geschäftsordnung standen in dieser Sitzung auch einige abschließende Beratungen an. Unter anderem wurde unser Ansinnen zurückgewiesen, den Beschäftigten der kreiseigenen Gesellschaft für Arbeits- u. Berufsförderung (GAB) einen Tarifvertrag zuzugestehen. Als erfreulich ist dagegen die Beibehaltung der Jagdsteuer zu bewerten, die allerdings auch gerne höher bemessen werden könnte.

TOP 5- Einbringung des Haushaltes 2018

Mit einem Volumen von über 600 Millionen Euro geht es hier zwar nicht gerade um eine Kleinigkeit, bisher wurde der Haushalt aber nur ins Plenum eingebracht und die Haushaltsberatungen werden bis kurz vor Weihnachten dauern. Dabei ist zu bedenken, dass trotz des Volumens vielfach nur über Kleckerbeträge beraten wird; eine Folge des Fusions-Zukunftsvertrages, der den Beratungen sehr enge Grenzen zieht. Bisher nicht berücksichtigt wurde allerdings eine Überschussrücklage aus den Jahren 2014 bis 2016 i.H.v. 17,4 Millionen Euro.

Wie in den Vorjahren wird auch diesmal wieder selbst um die Gewährung mickriger Zuschüsse gerungen werden müssen.

TOP 6 – Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag

Zunächst wollte niemand von den Initiatoren des Antrages das Wort ergreifen. Nachdem sich Eckhard Fascher meldete, war klar, dass hier nicht einfach Regelungen durchgewunken werden, die die Altparteien unter sich ausgekungelt hatten. Worum geht es?

In den letzten Kreistagssitzungen wurden von unserer Gruppe mehr Anträge eingebracht als von allen anderen Parteien zusammen. So hatte sich in der Septembersitzung auch der Landrat darüber geärgert, dass aus seiner Sicht viel Zeit mit vor allem unseren neu eingebrachten Anträgen verbracht wurde, die zudem auch noch am Anfang der Kreistagssitzung standen.

Die Antragsteller – SPD, CDU, Grüne und Wählergemeinschaft haben sich nun überlegt, dass das Verfahren, wie Anträge im Kreistag von der Einbringung zur Beschlussfassung gebracht werden, ein wenig abgekürzt werden könnte. Anstatt nach der Einbringung in den Kreistag zunächst auch im Plenum diskutiert zu werden, um dann, nach den Beratungen im Fachausschuss nach einer „zweiten Lesung“ beschlossen zu werden (oder auch nicht), soll nun die Debatte bei der Einbringung in den Kreistag entfallen. Lediglich der Antragsteller bekommt die Gelegenheit, eine (kurze) Einbringungsrede zu halten.

Während Eckhard Fascher auf Bedenken des Justitiariats des Landkreises hinwies, ließen diese selbst den Landrat völlig kalt, obgleich er durchblicken ließ, dass das zuständige Verwaltungsgericht die Regelung auch wieder kippen könnte. CDU-Boss und Anwalt Noack meinte gar, die Debatte werde „zu juristisch“ geführt. Wie dem auch sei, die Regelung gilt nun erst einmal und nach den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden gibt es ja auch gar kein „Recht auf Antwort“.

TOP 7 – Landschaftsschutzgebiet (FFH-Gebiet) Reinhäuser Wald

Knackpunkt dieses Vorhabens war die Kollision einer Vielzahl von Interessen verschiedener Gruppen, wie Kletterern, Naturschützern und Waldeigentümern. So fand die Debatte dann auch unter den Augen eines Leibhaftigen Großgrundbesitzers statt, wobei dessen Interessen vom CDU-Vertreter Wille in einer Offenheit vertreten wurden, wie sie im Kreistag selten vorkommt. Klage führte dieser, da sich die Interessen der Naturschützer offensichtlich durchgesetzt hätten, wogegen die Grundstückseigentümer „aus ideologischen Gründen“ benachteiligt würden. Der dabei erfolgende „Eingriff in ‚das‘ Eigentumsrecht“ veranlasste ihn noch dazu, den „angeblichen Fachbehörden“ Arroganz vorzuwerfen, da deren Vertreter und die Naturschützer offenbar keine Eigentümer seien, denn nur diese wüssten, was für den Wald gut sei.

Aus unserer Gruppe kam dagegen ein Lob für die Verwaltung, da diese hier, anders als sonst, das Gemeinwohl über wirtschaftliche Interessen gestellt hatte. Schließlich gibt es ja den verfassungsmäßigen Grundsatz „Eigentum verpflichtet“, wie auch Lothar Dinges (FWLG) bemerkte. Selbst die FDP mochte sich nicht dem Eigentümer-Lobbyismus der CDU anschließen und betonte, dass die Erhaltung der Biodiversität die Aufgabe Aller sei. Aus unserer Sicht gab es jedenfalls, nach einem lange andauernden Beschlussverfahren, einen fairen Interessenausgleich und so wurde es auch, gegen den Willen(n) CDU, beschlossen.

TOP 14 – Sanierungskonzept für die KVHS / Kreismusikschule

Der Dauerbrenner der laufenden Wahlperiode wurde auch diesmal wieder lebhaft diskutiert. Dabei wies unser Vertreter Konrad Kelm darauf hin, dass bei der von der Verwaltung favorisierten – und dann beschlossenen – Variante vorgesehen sei, die Gehälter der Beschäftigten für 10 Jahre einzufrieren und darüber hinaus bei Neueinstellungen mit Gehaltseinbußen von über 50 Prozent kalkuliert werde. Zudem gebe es bei der Bezuschussung eine Deckelung i.H.v. 500.000 €, was aber lediglich eine Orientierung am Durchschnitt niedersächsischer Kreismusikschulen sei.

Der Dialog mit den Beschäftigten werde nicht gesucht, Vorschläge der Gewerkschaft ver.di fänden keine Berücksichtigung. Der von uns auf dieser Grundlage gestellte Änderungsantrag fand in der Abstimmung dann natürlich keine Mehrheit.

TOP 15 – Vergütung der Beschäftigten bei der GAB

Auch bei dieser Gesellschaft wird mit den Beschäftigten in einer Weise umgegangen, die keinerlei Verständnis der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe für die Belange der Beschäftigten erkennen lässt. Eckhard Fascher wies darauf hin, dass der Landkreis hier eine ausgelagerte Gesellschaft nutze, um den TVöD zu umgehen. Und so soll es nun auch bleiben.

TOP 24 – Radwegverbindung Göttingen – Niedernjesa / Brückenbau

Ein kleiner Erfolg: Aufgrund unseres Antrages wird jetzt die Verbesserung der Radwegeverbindung zwischen Niedernjesa und Göttingen im Ort Rosdorf, nahe des Leinezufusses der Rase, geprüft.

► Mehr Mitglieder im Kreisverband

Das gestiegene Interesse an der Partei DIE LINKE. machte sich schon im Wahlkampf bemerkbar und schlug sich letzten Endes auch in den Wahlergebnissen der Bundes- und Landtagswahl nieder. Nun hat die Partei allerdings nicht nur mehr Stimmen als bei den letzten Wahlen bekommen, sondern vor allem auch mehr Mitglieder. Besonders kurz nach der Bundestagswahl zeichnete sich diese Entwicklung deutlich ab: Allein im KV

Göttingen / Osterode sind in den ersten 48-Stunden nach Schließung der Wahllokale sieben neue Mitglieder in die Partei eingetreten. Gemeinsam sind wir am 17.11.2017 204 Menschen, die Mitglied der Partei DIE LINKE hier im KV Göttingen sind. Vor genau einem Jahr waren es erst 179. Der Frauenanteil hat sich von 21% auf 26% gesteigert und prozentual habe die 26 bis 30-Jährigen die 46-50-Jährigen als größte Gruppe überholt.

Der Mitgliederzuwachs und die Verjüngung sind geographisch nicht auf uns beschränkt, denn bundesweit zeichnete sich kurz nach der Bundestagswahl eine solche Entwicklung ab, die sicherlich auch mit dem erstmaligen Erscheinen der AfD im Bundestag zusammenhängt. Eine politische Verschiebung nach rechts, wie sie jetzt auch offiziell im Bundestag geschehen ist, hat viele Menschen dazu bewegt, sich jetzt noch viel deutlicher für eine linke, konsequent soziale und ökologische Politik einzusetzen. In Zeiten von Trumps, Erdogans und Höckes bedarf es einer starken Linken - einer Stimme der großen Mehrheit, einer Stimme der Menschlichkeit und vor allem einer Stimme der sozialen Gerechtigkeit. ks

► Landesparteitag direkt nach der Landtagswahl

Kommentar von Edgar Schu

Ursprünglich war der niedersächsische Landesparteitag für den 28. Oktober geplant, damit nach einem etwaigen Einzug der LINKEN in den Landtag darüber diskutiert und entschieden werden könnte, wie man sich zu den anderen Landtagsparteien verhalten sollte. Koalitionsfragen. Tolerierung? Wie soll das stattfinden? Das wären wohl die Fragen gewesen, die im Raum gestanden hätten.

Daraus wurde bekanntlich nichts, aber die Frage war nun, wie das Ergebnis gewertet werden sollte. In Zahlen: Zwar von 3,1 auf 4,6 Prozent gesteigert, aber eben die 5-Prozent-Hürde nicht geschafft.

Nach Eröffnungsreden der beiden Landesvorsitzenden gab es eine Generaldebatte zum Ausgang der Landtagswahl und die Auswirkungen der Bundestagswahl. Dabei wurden vor allem Fragen aufgeworfen: Wie stark haben die Diskussionen des Bundestagswahlkampfes auch im Landtagswahlkampf weiter gewirkt? Hat DIE LINKE im Rahmen dieses Landtagswahlkampfes bloß weniger vom Erodieren der beiden größten Parteien profitiert und daher deutlich weniger Prozente als bei der Bundestagswahl bekommen? In Niedersachsen wurde schließlich medial ein großes, angebliches Rennen „CDU

gegen SPD“ inszeniert. Vor allem die SPD schnitt deutlich besser ab als auf Bundesebene. Oder handelte es sich eher um handwerkliche Fehler, dass es der LINKEN z.B. nicht gelungen sei, zu vermitteln, was ihre Schwerpunktforderungen auf Landesebene sind?

Diese Fragen konnten nicht eindeutig beantwortet werden. Es haben wohl unterschiedliche Faktoren gewirkt.

Großes Gewicht für mehrere vorliegende Anträge hatte aber offensichtlich die Frage, wie mit dem Erstarken der rassistischen und auch auf weiteren Gebieten reaktionären AfD umgegangen werden sollte.

Immer wieder kam die Frage, wie die Äußerungen Sahra Wagenknechts zum Thema Flüchtlingspolitik zu werten sind. Ein Antrag, „Rote Gemeinsamkeiten ...“, betonte, dass ihre Versuche, eine Position zu finden, welche den Lebensrealitäten der lange eingessessenen Bevölkerungsteile gerecht wird, auf jeden Fall legitim seien und dass sie die Menschen für eine Politik gegen die Interessen der Reichen begeistern könne. Andere Anträge, z.B. vom Landessprecher*inn enkreis der Linksjugend ‚solid initiiert, kritisierten Äußerungen Wagenknechts scharf und erhoben den Vorwurf, dass sie Forderungen des Parteiprogramms aufweichen wolle.

Gefallen hat mir, dass alle Kräfte und Flügel eine „soziale Offensive“ möchten. Das sollte tatsächlich die „Rote Gemeinsamkeit“ sein. Daraus schließe ich: Wo das Thema Geflüchtete nicht durch die Gegenseite in die Diskussion gezwungen wird, sollten wir es als LINKE auch nicht unnötigerweise hervorholen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nach wie vor durch den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Arm und Reich bestimmt. Die erfolgreichen Angriffe von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn gegen das Establishment zeigen, dass dies gar nicht zu sehr betont werden kann. Sei es beim Thema Rente/Mindestrente, Wohnungsbau, Verkehrspolitik, Bildung oder sozialökologischem Umbau unserer Gesellschaft.

Insofern war es wohl auch ein Ausdruck von Schwarmintelligenz, dass strömungsübergreifend auf dem Parteitag die Richtigkeit und Wichtigkeit der Volksinitiative Vermögensteuer allen klar war und in Redebeiträgen mehrmals betont wurde.

Für eine gelungene Phase außerparlamentarischer Opposition wäre es nun wichtig, dass diese Initiative nicht im Sande verläuft. Mit erfolgreicher Sammlung (70.000 Unterschriften landesweit) würden wir unsere Handlungsfähigkeit für einen erfolgreichen Schritt vorwärts dokumentieren. Diese ganz konkrete Rechnung sei noch erlaubt – um es erfassbar herunterzubrechen: Jedes der ca. 3.000 Mitglieder unseres Landesverbands müsste lediglich seine und 23 zusätzliche Unterschriften organisieren. Darauf kommt es jetzt an.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Bundestags- und Landtagswahl in Göttingen:

Was ist zu tun

Ein Kommentar von Eckhard Fascher

Die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahl zeigen, dass offensichtlich ein Wähler austausch stattgefunden hat: Unter Erwerbslosen haben wir LINKE massiv verloren, dafür sind vor allem jüngere Menschen, aber auch solche mit höheren Bildungsabschluss hinzu gekommen. Oder anders ausgedrückt: Wir verlieren Erwerbslose an die AfD, gewinnen aber typische Wähler der Grünen. Ersteres geschieht auch dadurch, dass unsere Partei über einen sehr langen Zeitraum nicht vermocht hat, wesentliche Verbesserungen für Erwerbslose durchzusetzen.

Die positive Entwicklung in der Stadt Göttingen, einer alten grünen Hochburg mit vielen jungen Menschen und Akademikern, verstärkt sich dadurch noch eher, im ländlichen Raum kommen wir dagegen kaum voran.

Was ist zu tun?

Die Zahl der Baustellen ist immens. Programmatisch sowie inhaltlich sind wir in Göttingen grundsätzlich gut aufgestellt. Es gilt dabei insbesondere das Bekenntnis zu unserer globalen Verantwortung für die Bewahrung der Lebensgrundlagen und eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen herauszuarbeiten. So ist ein Einsatz für Frieden und Klimaschutz so selbstverständlich wie unser Einsatz für Benachteiligte, Erwerbslose oder Menschen in prekären Bedingungen und natürlich auch für diejenigen, die riskieren im Mittelmeer zu ersaufen, weil sie nicht in ihrer Heimat bleiben können. Letztendlich wird es aber vor allem um eine Umverteilung von privatem zu öffentlichem Reichtum gehen, zu einer Verstärkung von Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Erwartungen an unsere Partei werden nicht ab-, sondern eher zunehmen. Das neu gewonnene Wählerspektrum ist da auch eher anspruchsvoll. Hat man sich doch gerade von den Grünen abgewendet, weil diese ihre ursprünglichen Ziele nicht mehr ernst nehmen. Diese Wähler sind uns keineswegs für die Zukunft sicher.

Und die, die weg sind? AfD zu wählen ist eben auch in den Augen der staatstragenden Parteien schlimmer als DIE LINKE, noch jedenfalls. Man provoziert... auch wenn man eine Partei wählt, die den eigenen Interessen völlig entgegen steht. Am glaubwürdigsten sind wir auch für diese Wählergruppen, wenn wir uns weiterhin ihrer sozialen Probleme annehmen. Dies tun wir in der Kommunalpolitik sehr engagiert, darüber hinaus stößt aber vieles an Grenzen der vorhandenen personellen Ressourcen.

Diese neue Entwicklung birgt für uns Chancen und Risiken zugleich, da sich die Gruppe der Marginalisierten und die der sozial-ökologisch-emanzipatorisch orientierten Mittelschicht erheblich voneinander unterscheiden. Letztendlich wird es aber darauf ankommen müssen, diese zu einem Bündnis zusammen zu führen. Ohne ein solches werden wir weitgehend wirkungslos bleiben. Gerade auch in Göttingen gibt es ein erhebliches Umfeld aus entsprechenden Gruppen und Initiativen sowie eben auch Ansprechpartner in Gewerkschaften und Betriebsräten.

Was heißt das konkret?

Wenn wir unsere organisatorische Entwicklung betrachten, passiert gerade Erfreuliches: Die Zahl der Mitglieder hat in den letzten zwölf Monaten um 15% zugenommen, es wurde gerade der Jugendverband [solid] von 25 Leuten reaktiviert, auch eine Hochschulgruppe gibt es wieder. Soweit, so schön, insbesondere dann, wenn der Jugendverband ein offener Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte junger Menschen wird sowie sich als Partner der linker Bewegungen versteht. Ähnliches gilt für die Hochschulgruppe Die Linke.SDS.

Auch wurden und werden auch neue Arbeitsgruppen gegründet oder neu konstituiert wie die AG Antifa oder die Ökologische Plattform.

Gleichzeitig hat sich aber gerade in den Wahlkämpfen ein erheblicher Personalmangel offenbart. Zuviel las-

tete auf wenigen Schultern, eine Mobilisierung von Mitgliedern gelang nur eingeschränkt.

Organisatorisch gibt es große Lücken: Wir haben nur wenige funktionierende Arbeitsgruppen, die aber benötigt werden, um Außenstehende einzubinden und anzusprechen. Auch im ländlichen Raum sieht es sehr problematisch aus. So sind wir in keinem der Mittelzentren Osterode, Hann. Münden oder Duderstadt (mehr) wirklich präsent. Im katholischen Eichsfeld mag dies verständlich sein, in Münden und Osterode ist dies nicht hinnehmbar.

Wir müssen uns erneut dem organisatorischen Aufbau unserer Partei zuwenden und beispielsweise auch die räumlichen Lücken zu schließen. Dabei sollte es uns auch um offene Strukturen gehen, die auch für mit unseren Inhalten sympathisierende Menschen Betätigungsmöglichkeiten schafft, wie es zum Beispiel Arbeitsgruppen bieten können. Dabei hat sich die Arbeit der Göttinger Linken als offene Struktur auch für Nichtmitglieder in der Vergangenheit durchaus positiv ausgewirkt.

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Neues Büro

Aufgrund der räumlichen Probleme für DIE LINKE im eigentlichen Roten Zentrum, wurden bereits für den Wahlkampf Büroräume an der Ecke Bürgerstraße/Wiesenstraße befindlichen Gebäude Bürgerstraße 26 angemietet. Ursprünglich ging es vor allem darum, die Wahlkampfmaterialien sicher einlagern zu können.

Die Räumlichkeiten sind günstig nahe der Innenstadt gelegen und bieten ausreichend Raum für kleinere Treffen, Sprechstunden und Büroarbeiten. Ab etwa Mitte Dezember sollen auch regelmäßige Bürozeiten eingerichtet werden und so auch wieder eine regelmäßig besetzte Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.

Ergreif Partei für eine bessere Politik! **DIE LINKE.**

Mitglied werden

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Aus dem Rechenschaftsbericht des Sprecher*innenkreises (MV 20. November)

Was haben wir gemeinsam geschafft und was ist noch zu tun? Organisiert und veranstaltet wurden vom SprecherInnenkreis diverse Kommunalpolitische Arbeitskreise mit folgenden Themen:

- Bericht der SDAJ über Antimilitarismus in Göttingen
- Bericht der Fraktion über die Haushaltsverhandlungen zum städtischen Doppelhaushalt 2017/18
- Struktur der städtischen Eigenbetriebe
- Vortrag von RA C. Deery über die aktuelle kommunale Abschiebep Praxis und deren rechtliche Grundlagen
- Vortrag von Prof. Dr. A. Mörstedt. Kosten- und Leistungsrecht in Kliniken
- Politischer Anspruch versus Verschwiegenheitspflicht in Gremien städtischer Eigenbetriebe

Eine weiterführende Idee ist, sich die Eigenbetriebe anzusehen und dort kritische Fragen zu stellen. Ein weiteres Thema für den KomPolAK liegt schon länger auf Halde: Zunahme der Repression und illegale Datenschnüffelei gegen linke AktivistInnen durch die Polizei. An dieser Stelle der große Appell an die Mitglieder der GöLinken: Bringt Themen ein, was interessiert Euch, was findet Ihr brennend wichtig? Dies ist eine WählerInnengemeinschaft zum Mitmachen!!!

Dauerbrennerthema des SPKs war ganzjährig die Verbesserung der Kommunikation. Ein erster Schritt dahin: Es gibt mittlerweile eine Sammel-E-Mail-Adresse, über die alle Mitglieder der SprecherInnenkreises erreicht werden können und untereinander kommunizieren. Ein weiterer Schritt: Ein neuer Internetauftritt der GöLinken. Was bleibt noch zu tun für die Verbesserung der Kommunikation? Wie können alle Mitglieder der GöLinken informiert und erreicht werden? Können wir einen Gesamtverteiler erstellen und ist dies überhaupt von allen gewünscht?

Der diesjährige Bundestags- und Landtagswahlkampf hat verständlicherweise

die kandidierenden Mitgliedsorganisationen ab Mitte des Jahres sehr beschäftigt und Kräfte gebunden. Nach all dem könnten wir für das nächste Jahr wieder mehr gemeinsame Aktionen ins Auge fassen.

Denn es bleibt natürlich noch immer viel zu tun: So haben wir anlässlich der Wahl zum neuen Integrationsrat im Sommer 2016 leider feststellen müssen, dass sich dort dieses Mal keine Linke Liste aufstellen ließ. Und wir müssen auch für uns feststellen, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der GöLi verschwindend gering bis fast nicht vorhanden ist. Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir aktiv werden. Auch der Anteil an aktiven Frauen in der GöLi ist weiterhin gering.

Schließen möchte ich mit einem letzten Thema, das uns als SPK beschäftigt hat: Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Fraktion der GöLinken. Ich würde gern themenzentriert schauen und arbeiten: Best practice ist für mich z.B. die Zusammenarbeit von Fraktion und GRAL/Grobian beim Thema Wohnungspolitik, Mietwucher in Grone, wo wir Hand in Hand arbeiten und uns wichtige Infos sofort zur Verfügung stellen. Auch die kritische Hinterfragung der Sparkassenpolitik zum Thema Ausschüttung und der geplante Besuch bei den Stadtwerken sind Beispiele für Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Also lasst uns schauen, welche Themen wir in konzertierter Aktion in Zukunft anpacken wollen und wie das gehen kann. Wie wir uns gegenseitig unterstützen können dabei. Getagt hat der SPK meistens in den Räumen der Fraktion im 9.Stock des Rathauses (tolle Aussicht!)

Denn: Das Problem Rotes Zentrum und damit die Frage der „Verräumlichung“ unserer WählerInnengemeinschaft ist noch immer nicht befriedigend gelöst.

bs/pst

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:
 Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
 Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
 Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:
 Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:
 Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
 Rolf Ralle
 Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**nächster Termin im Januar
Thema: Quo vadis, Stadtwerke?**
 (angefragt)

Grünkohlessen der Göttinger Linke



**10. Januar 2018 (geplant)
Anmeldungen (mit/ohne totes Tier)
unter:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de**

Komm zur

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

und werde Mitglied!

Hilf' mit, Göttingen lebenswerter zu machen!

Mehrsprachigkeit bei den Sozialbehörden

Der Rat beauftragt die Verwaltung sämtliche Formulare, Bescheide und Rechtsmittelbelehrungen im Jobcenter, im Sozialamt und in der Ausländerbehörde in den Amtssprachen ihrer Klientel zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Unsere Amtssprache ist zwar deutsch, das heißt aber nicht, dass alle Mitmenschen diese auch beherrschen. Für viele der in den letzten 2 Jahren zu uns gekommenen Geflüchteten gibt es zwar verpflichtend einen sogenannten „Integrationskurs“, unser Amtsdeutsch sprechen und verstehen können viele aber dann doch noch nicht. Auf jeden Fall reichen die Sprachkenntnisse selbst nach einem B1-Sprachkurs in den wenigsten Fällen dafür aus, um eine Rechtsmittelbelehrung eines Bescheides aus dem Job-Center, dem Sozialamt oder der Ausländerbehörde zu verstehen. Selbst wir, als muttersprachlich Deutsche, können diesem Amtsdeutsch kaum noch folgen. Das alles wäre nicht weiter dramatisch, hätte es nicht teilweise verheerende Konsequenzen. So besteht z.B. ein Bescheid vom Job-Center aus vielen Drohungen und Androhungen bei Nichtbeachten. Viele Betroffene verstehen oft gar nicht, warum ihnen von dem bisschen Geld das sie bekommen, auch noch etwas weggekürzt wird.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den Job-Centern in Bremen, Oldenburg oder Köln. Dort ist es möglich sehr viele Bescheide und Informationen in den Sprachen der jeweils Betroffenen auszustellen. Bauen wir weiter Barrieren ab und erinnern uns einer freundlichen Willkommenskultur.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-](#)

Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do:13:00 – 17:00 Uhr

Unangemessene Mieten stoppen

Wir haben diesen Antrag im Rat eingebracht, weil wir uns nicht allein auf die Aussage verlassen, es werde zukünftig anders gehandelt. Wir wollten eine klare künftige Änderung, die politisch gewollt ist.

Der Rat missbilligt die Praktiken der Adler Real Estate AG - ehemals Westgrund - ausdrücklich, für die von der Stadt mit Belegungsrecht angemieteten und mit städtischen Geldern sanierten Wohnungen deutlich überhöhte Mietpreise zu verlangen.

Er fordert die Stadtverwaltung auf, zukünftig keinerlei Verträge mit Wohnungsunternehmen für die Belegung von Wohnraum durch die Stadt mehr abzuschließen, die es erlauben, die maximale Obergrenze der KdU auszunutzen, ohne die Begrenzung einer Mietobergrenze auf Quadratmeterbasis festzulegen.

Begründung:

Wie zwischenzeitlich bekannt wurde, zahlt die Stadt Göttingen für von ihr mit Belegungsrecht gesicherte und mit städtischen Mitteln sanierte Wohnungen an den Eigentümer, die Adler Real Estate, deutlich überbezahlte Mieten. So kostet z.B. eine 75 qm große Wohnung 10,38 Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter.

Damit wird die Notwendigkeit der Stadt für die Unterbringung von Menschen, die auf ihre Unterstützung angewiesen sind, schamlos ausgenutzt. Gleichzeitig führt diese Mietpreispraxis dazu, dass die Adler Real Estate mit Hinweis auf Vergleichsmieten im Quartier auch Altmietern eine deutliche Mieterhöhung angekündigt, bzw. schon durchgeführt hat. Damit tragen die von der Stadt gezahlten vergleichsweise hohen Mieten ganz allgemein zu erkennbaren Mieterhöhungen im Bestand der Adler Real Estate bei. Das kann und darf nicht Politik der Stadt sein, bzw., zumindest indirekt von ihr gestützt werden. Das Verhalten der Adler konterkariert alle Bemühungen der Ratsfraktion bezahlbaren Wohnraum in Göttingen zu schaffen und insgesamt den Wohnungsmarkt zu beruhigen.

Sozialdemokratische Ränkespiele im Rat

Zum wiederholten Male hatten wir im Rat eines dieser Schauspiele, wo die Sozialdemokraten einen Antrag einbrachten, bei deren Abstimmung aber die sozialdemokratische Ratsleitung völlig überfordert war. Wir sind gespannt, wie dieses Chaos diesmal protokolliert aussehen wird. Was war passiert? Der einzige Antrag der Sozis in der Ratssitzung am 17.11. war: Busfahrkarte gegen Führerschein tauschen. Schlecht durchdacht und entsprechend vorgetragen, drohte dieser Antrag abgelehnt zu werden, also nicht einmal mehr in einem Ausschuss besprochen zu werden. Die Sozialdemokraten hatten selbst einen Direktbeschluss gewollt und als sich nun abzeichnete, dass die Mehrheit nun ihren Antrag versenken würde, wollten sie nichts mehr davon wissen. Die Ratsvorsitzende wusste nicht mehr, wie sie nun ihren Parteigenossen richtig zur Seite springen sollte und verhedderte sich zum wiederholten Male bei den Abstimmungsmodalitäten. Was war beantragt worden, was wird jetzt beantragt, wie ist die richtige Reihenfolge, was sagt die Geschäftsordnung dazu? Fast alle im Rat hatten dazu ihre eigene Meinung und taten diese auch lautstark kund. Nach Einschreiten des OB wurde dann eine Reihenfolge der verschiedenen Abstimmungen festgelegt und der Antrag in den Mobilitätsausschuss überwiesen. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt: Direktbeschluss, die antragstellende Fraktion empfiehlt: Direktbeschluss. Warum sollte man jetzt anders verfahren? Nur weil das Ergebnis nicht gefällt? Und das ganze Schauspiel noch schlecht moderiert, wird für die anwesende Öffentlichkeit zu einem schlechten Witz. Die Ränge waren gut besucht, so wie dieses Mal kommen immer wieder ganze Schulklassen und informieren sich vor Ort wie Kommunalpolitik konkret aussieht. Mit solch unwürdigen Aufführungen gewinnen wir ganz sicher keine junge Generation, und auch Ältere die inzwischen Einiges gewohnt sind, wenden sich mit Grausen ab. Dann sehen wir doch lieber noch einige gutgemachte Satireanträge, die haben wenigstens noch Unterhaltungswert.

(...) Fortsetzung „Bundestags- und Landtagswahl in Göttingen ...“ von Seite 1

Wer wählt DIE LINKE (Quelle: wahl.tagesschau.de)

	Bundestagswahl		Landtagswahl	
	2017	2013	2017	2013
Wahlergebnis	9,2	8,6	4,6	3,1
Erwerbslose	11	23	8	16
Arbeiter	10	13	6	4
Angestellte	9	8	5	3
Selbständige	8	6	2	1
Rentner	8	8	3	3
18-24 Jahre	11	8	9	3
25-34 Jahre	10	8	7	3

Hier fällt deutlich auf, dass sich unter Erwerbslosen der Anteil der LINKEN-WählerInnen gegenüber 2013 jeweils halbiert hat, obwohl das Gesamtergebnis bei der Bundestagswahl leicht, bei der Landtagswahl eindeutig gestiegen ist. Dafür sind bei Selbständigen und Angestellten leichte Steigerungen zu verzeichnen. Der Verlust unter den Erwerbslosen ist dramatisch. In Niedersachsen und im Bund liegt DIE LINKE nicht nur hinter SPD und CDU, sondern auch deutlich hinter der AfD:

Partei	LTW 17	LTW 13	BTW 17	BTW 13
CDU	25	30	20	24
SPD	34	28	23	26
AfD	19	n.a.	21	3
LINKE	8	16	11	23
GRÜNE	6	16	7	8
FDP	3	4	7	4

Kompensiert wurden diese Verluste offensichtlich auch durch deutliche Stimmengewinne unter jungen Menschen. Hier zeigen sich Steigerungen hin zu

überdurchschnittlichen Stimmenanteilen, nachdem lange Zeit junge Menschen keine überdurchschnittliche Wählergruppe der LINKEN mehr gewesen sind. In der Universitätsstadt Göttingen könnte sich zudem noch auswirken, dass auch in Bereich der Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss überdurchschnittliche Steigerungen zu verzeichnen sind. In der Gesamtheit zeigt sich also eine Umschichtung des Wählerpotentials der LINKEN, von dem diese auch in Oldenburg oder Teilen Hannovers profitiert. Während verkürzt dargestellt viele früheren Erwerbslosen-Wähler zur AfD laufen, gewinnt die Partei Teile der klassischen Grünen-Klientel. Dies zeigt sich vor allem bei der Niedersachsenwahl, weniger bei der Bundestagswahl: Bei der Landtagswahl verliert DIE LINKE 10.000 Wähler an die AfD, während sie 32.000 WählerInnen von den Grünen gewinnt, gegenüber nur 12.000 von der SPD. (Alle Zahlen sind aus www.tagesschau.de). *Kommentar zu den Wahlen in Göttingen auf Seite 9* ■

Gleichzeitig wäre die AfD nicht so erfolgreich ohne Steilvorlagen etablierter und regierender Parteien z.B. durch rigide Asylrechtsbeschränkungen.

Auch ohne die AfD haben wir einiges an der kapitalistischen Welt, in der wir leben, auszusetzen. Die Partei nutzt die bestehenden gesellschaftlichen Missstände für sich und verschärft sie. Sie spaltet die Gesellschaft, indem sie die verantwortlich macht, die für sie nicht dazugehören: Geflüchtete und migrantische Menschen – vor allem die, die nicht sofort als „Fachkräfte“ der deutschen Wirtschaft dienen können, emanzipierte Frauen und Alleinerziehende oder alle, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen. Wie die Neonazis stellt sie einer vielfältigen Gesellschaft den nationalistischen, teils völkischen Einheitsbrei gegenüber. Tatsächliche soziale Widersprüche, wie die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, sollen so verdeckt werden und nicht mehr zu erkennen sein. Diese Alternative bietet keine Lösungen. Das können wir nur selber tun. Deshalb engagieren wir uns, damit Alle unter guten Bedingungen leben können – gleichberechtigt und gemeinsam, ohne Armut und Ausgrenzung.

Wenn die AfD zu ihrem Bundesparteitag nach Hannover kommt, werden wir uns dieser Partei in den Weg stellen. Wir sind bunt und kreativ. Gemeinsam setzen wir ein deutliches Zeichen und sagen der AfD und ihren Verbündeten: „Auch hier seid ihr nicht willkommen!“ Dazu leisten wir zivilen Ungehorsam und werden den Parteitag der AfD blockieren. Später am Tag treffen wir uns auf einer gemeinsamen antifaschistischen und antirassistischen Demonstration durch die Stadt.

Wir laden alle Menschen zu unseren Aktionen ein, denn unsere Alternative heißt Solidarität.

02. Dezember 2017 – Hannover

Ab 7 Uhr: Blockaden rund um das HCC
Ab 11:30 Uhr: Gemeinsame Demonstration

www.unsere-alternative.org/aufruf/

Unterstützer sind Antifaschistische Gruppen, verschiedene Hochschulgruppen und Jugendverbände von LINKEN, DKP und Grünen, Gewerkschaftsjugendorganisationen, einzelne Gliederungen der LINKEN, einzelne Bundestags- und Landtagsabgeordnete von LINKEN und Grünen.

Dokumentation

**► Unsere Alternative heisst Solidarität –
 Gegen den AfD Bundesparteitag in Hannover**

Die Alternative für Deutschland will am ersten Dezemberwochenende ihren Bundesparteitag in Hannover ausrichten.

Neu im Bundestag, kann die AfD auf noch mehr Mittel und Ressourcen zugreifen, um rassistische, nationalistische und autoritäre Positionen zu verbreiten. Die Partei will die Erfolge sozialer Bewegungen zunichte machen und so unsere

Freiheiten einschränken: Abbau von Rechten, die Erwerbstätige schützen, Kürzungen bei Sozialausgaben, Rückbau von Klimaschutzrechten, Verschärfung des Abtreibungsverbots, weitere Einschränkung von Bleibemöglichkeiten für geflüchtete Menschen, Annullierung der Ehe für Alle sowie einen reaktionären Wandel in Kultur- und Bildungspolitik. Wir wissen: Die AfD wird nicht trotz, sondern auch wegen dieser Positionen gewählt.